

Protokoll

11. öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Migration und Gesundheit vom 18.04.2024, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 9. Ausschusssitzung vom 14.11.2023
2. Genehmigung des Protokolls der 10. Ausschusssitzung vom 15.02.2024
3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Vorstellung des Arbeiter-Samariter-Bund - Flüchtlingsarbeit
5. Langfristige Unterbringung Geflüchteter im Landkreis Lüchow-Dannenberg 2024/962
6. Förderung des Ehrenamtes – Arbeit mit Geflüchteten 2024/953
7. Antrag des beratenden Mitglieds Inge Mende im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 09.03.2023: Heimkosten und die überhöhte Selbstbeteiligung 2023/550
8. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Entwicklung der Miet-, Strom- und Heizkosten und Auswirkungen auf Menschen mit geringem Einkommen 2024/970
9. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Umgang mit der Kritik an den Zuständen in Steine 2024/971
10. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Runder Tisch Migration 2024/972
11. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Schutzkonzept 2024/976
12. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Klinikbeirat 2024/974
13. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Förderprogramme für Geflüchtete 2024/975
14. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Ehrenamtssatzung 2024/973
15. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 15.1. Dritte Anfrage der Gruppe AIBa im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 29.02.2024 zur Masernimpfpflicht / Bußgelder 2024/948
- 15.2. Anfrage der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.04.2024: Bedrohung durch Armut in DAN und Maßnahmen dagegen 2024/984

Nicht öffentlicher Teil

16. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

Anwesend:

- | | |
|--|---------------------------|
| KTA Bade, Heike Vorsitzende | anwesend bis 18:25 Uhr |
| KTA Carmienieke, Christian | |
| KTA Dorendorf, Uwe | anwesend bis 16:55 Uhr |
| KTA Herzog, Kurt | |
| KTA Himmel, Hanno | |
| KTA Kretschmer, Sabine | |
| KTA Peters, Kerstin stellv. Vorsitzende | |
| KTA Schwidder, Norbert | Vertretung für KTA Gallei |
| KTA Römer, Sabine | |
| beratendes Mitglied Lippe, Matthias | |
| beratendes Mitglied Seniorenbeirat Mende, Inge | |
| beratendes Mitglied Peters, Jessica | |
| beratendes Mitglied Russow-Henning, Ellen | |
| Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel | |
| Ehrhardt, Stephanie – FDL Wirtschaftliche Hilfen | |
| Gleichstellungsbeauftragte Maatsch, Beate | |

Es fehlen:

KTA Behrens, Marcel
KTA Gallei, Matthias
KTA Schulz, Torsten
KTA Fathmann, Bernard

entschuldigt
entschuldigt

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:45 Uhr
nichtöffentlicher Teil: - Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorsitzende KTA Bade begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäße Ladung fest. Sie freut sich über die große Teilnahme und das Interesse an dieser Sitzung.

KTA Herzog merkt an, dass einige Vorlagen nicht in Papierform versandt wurden. Dies sei nicht das erste Mal.

Vorsitzende KTA Bade verdeutlicht, dass sie aufgrund ihrer digitalen Arbeitsweise von einer elektronischen Übermittlung ausgegangen sei und nimmt zur Kenntnis, dass dies nicht geklappt hat. Aufgrund des Vorschlages von KTA Dorendorf werden die Tagesordnungspunkte 5 und 6 getauscht.

Die Tagesordnung wird geändert so genehmigt.

1. Genehmigung des Protokolls der 9. Ausschusssitzung vom 14.11.2023

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja Stimmen 6, Enthaltungen 2, Nein-Stimmen 0

2. Genehmigung des Protokolls der 10. Ausschusssitzung vom 15.02.2024

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja Stimmen 5, Enthaltungen 2, Nein-Stimmen 0

3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

KTA Bade eröffnet die Einwohnerfragestunde um 15:05 Uhr.

Einwohnerin Frau Molina, die Angehörige in Neu Tramm hat, berichtet von Problemen mit der Sozialversorgung dieser Familie. Demnach wird das Essen als nicht gut bewertet, medizinische Versorgung ist unzureichend und schulische Betreuung fehlt.

Vorsitzende KTA Bade fragt nach Problemen in Neu Tramm und bittet den ASB hier zu berichten.

Sebastian Hahn vom ASB stellt sich vor und erklärt, dass es ein Zimmer für vier Personen gibt, welches über vier Betten und Spinde verfügt.

Sebastian Hahn vom ASB erläutert die Schwierigkeiten bei der Terminvergabe von Facharztbesuchen und dass das Gesundheitsamt ab nächster Woche vor Ort sein wird, um Untersuchungen durchzuführen, Gutachten zu schreiben und bei der Vermittlung von Arztterminen zu unterstützen.

Sebastian Hahn vom ASB betont, dass sie aktuell viele Termine abdecken können, aber nicht jede Facharzttrichtung, da lange Anfahrten notwendig sein können. Es wird erwähnt, dass nicht genügend Personal zur Verfügung steht, um jeden Arztbesuch zu begleiten. Man versucht jedoch so viele Termine wie möglich abzudecken und bei Bedarf auch bei der Sprache zu unterstützen.

Sebastian Hahn vom ASB betont die Bedeutung von Dolmetschern während Facharztbesuchen, da der Handyübersetzer für die Betroffenen nicht ausreichend ist.

Sebastian Hahn vom ASB teilt mit, dass mehrere Allgemeinmediziner gefunden wurden, die bereit sind, telemedizinische Konsultationen über Mobiltelefone durchzuführen. In Bezug auf Ernährung wurde beschlossen, vermehrt Reis und Hähnchenfleisch in der Küche einzusetzen. Die Umstellung wird aktuell vorgenommen.

Die **Vorsitzende KTA Bade** betont die Notwendigkeit einer speziellen Ernährung für bestimmte Bewohner.

Sebastian Hahn vom ASB erklärt, dass ein externer Caterer für die Zubereitung von Spezialnahrung auch zuständig sei.

Einwohnerin Frau Bach spricht die Unterbringung in Zwei-Bett-Zimmern an.

Sebastian Hahn vom ASB antwortet, dass es derzeit nur wenige Zwei-Bett-Zimmer gibt, insbesondere im Erdgeschoss. Die meisten Zimmer seien Vier-Bett-Zimmer.

Die **Vorsitzende KTA Bade** merkt an, dass dies kein Dialog, sondern eine Einwohner-Fragestunde sei und bittet um Beachtung dieser Tatsache.

Vorsitzende KTA Bade äußert, dass die aktuelle Problematik hier nicht geklärt werden könne.

KTA Peters weist darauf hin, dass die Nutzung eines Rollstuhls Schwierigkeiten aufzeige und fordert mehr Möglichkeiten für ein Zweibettzimmer ein. Sie hebt hervor, dass eine Begleitung für Facharztbesuche erforderlich sei, wenn jemand darauf angewiesen ist.

Sebastian Hahn vom ASB erwähnt, dass sie ein geeignetes Auto hätten, um Menschen mit Beeinträchtigungen zu transportieren und auch bei Bedarf die Menschen zu Ärzten fahren würden.

Sebastian Hahn vom ASB hebt hervor, dass sie drei Rollstuhlfahrer in der Einrichtung hätten und fünf Rampen installiert worden seien.

FDL 57 Ehrhardt betont, dass sie bei bestehenden Problemen immer kontaktiert werden kann, um Lösungen zu entwickeln. Sie bietet an, sich im Fall von Unwohlsein oder Schutzbedürftigkeit im Vierbettzimmer an sie zu wenden. Sie bedauert, dass man nicht direkt mit ihr spricht und lädt zukünftig dazu ein, sich an ihn zu wenden. Sie betont die Bedeutung individueller Lösungen, insbesondere in Fällen von begrenzten Platzkapazitäten, wie sie durch die Belegung des Erdgeschosses und die Ankündigung der nächsten Quote von 130 Personen entstehen.

Einwohnerin Frau Overhage fragt nach, wie es sich mit Steine verhält.

Sebastian Hahn vom ASB erwähnt, dass nicht jeder Arzttermin begleitet werden könne, insbesondere nicht die von Fachärzten. Es sei nicht möglich jeden zu hundert Prozent zu begleiten und bei mehreren Facharztterminen parallel mit mehreren Personen dorthin fahren zu können. Aber es werde sich auch um Steine gekümmert.

Die **Solidarische Provinz** erwähnt die Fragen, die an den FASozG gegangen seien.

EKR Schermuly gibt an, die E-Mail erst am gestrigen Nachmittag erhalten zu haben. Die Fragen werden schriftlich beantwortet.

Die Solidarische Provinz bringt verschiedene Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor, die sie als dringend erachtet. Sie betont die Bedeutung einer ausreichenden Versorgung von Frauen mit kleinen Kindern oder Babys, insbesondere in Bezug auf Ernährung und Gesundheit. Alleinerziehende Frauen oder alleinstehende Mütter haben Schwierigkeiten, ihre Privatsphäre und Intimsphäre zu wahren. Sie spricht von allgemeiner Besorgnis und Unsicherheit in der Bevölkerung.

Vorsitzende KTA Bade erklärt daraufhin, dass Grundschulkinder regulär in Grundschulen gehen, dies sei in Breselenz, Prisser und Dannenberg der Fall. Sie habe gelesen, dass Schulanfänger dabei sind.

EKR Schermuly bestätigt dies und fügt hinzu, dass Grundschulkinder in den Grundschulen von Breselenz, Prisser und Dannenberg unterrichtet werden.

EKR Schermuly informiert, dass Gespräche mit Oberschulen sowie der BBS geführt werden, um Sprachförderung für Kinder unterschiedlichen Alters zu gewährleisten.

FDL 57 Ehrhardt betont die Wichtigkeit der Meldung von Einzelfällen, in denen Unterernährung oder andere

Probleme bei Kindern vorliegen könnten, um entsprechend eingreifen zu können. Es wird darauf hingewiesen, dass konkrete Fälle mit Namen benötigt werden, um tätig werden zu können.

Vorsitzende Bade erklärt, dass sie keine weiteren Wortmeldungen mehr sieht und die Einwohnerfragestunde um 15:25 Uhr schließt.

4. Vorstellung des Arbeiter-Samariter-Bund - Flüchtlingsarbeit

KTA Bade heißt den ASB willkommen.

Sebastian Hahn vom ASB stellt sich vor, er ist Leiter der Stabsstelle Qualitäts- und Projektmanagement und für die Einrichtungen im Landkreis zuständig. Aktuell wohnen 156 Personen aus 30 verschiedenen Ländern in fünf Wohnhäusern in Neu Tramm, darunter sind 41 Minderjährige. Die Unterbringung erfolgt durchschnittlich in Viererzimmern, es gibt jedoch auch Familien mit sechs Personen, die gemeinsam in einem Zimmer untergebracht werden möchten. In einem Gebäude befindet sich eine Kantine, in der das Essen frisch zubereitet wird. Verbesserungen sind geplant, insbesondere im Bereich des Caterings. Es ist vorgesehen, dass die Betreuungskräfte auch auf besondere Ernährungsbedürfnisse von Säuglingen und Kleinkindern eingehen. Eine zuständige Person kommt regelmäßig vorbei und kümmert sich um die Kleinsten.

Sebastian Hahn vom ASB erklärt, dass in den Häusern jederzeit heißes Wasser zur Verfügung steht, welches zum Beispiel für die Zubereitung von Tee genutzt werden kann. Manche Bewohner hätten sich bereits Thermosflaschen besorgt, um sich das heiße Wasser in ihre Zimmer abfüllen zu lassen.

Sebastian Hahn vom ASB berichtet weiterhin über die Einschulung der ersten acht Kinder in Grundschulen in Dannenberg und Breselenz. Es wurde darauf geachtet, dass sie sich wohl fühlen und bereits Partner in den Klassen haben. Die Schülerinnen und Schüler werden von Mitarbeitern begleitet und haben ihren eigenen Schulranzen mit Materialien erhalten.

Sebastian Hahn vom ASB hat vergangenen Montag der erste Deutschkurs mit 16 Personen aus verschiedenen Ländern stattgefunden. Zusätzlich wird diese Woche eine weitere Person einmal wöchentlich Deutsch unterrichten. Ab dem 1. Mai sollen zudem zwei offizielle Deutschkurse durch die Volkshochschule angeboten werden, um insgesamt etwa 60 Personen wöchentlich mit Deutschunterricht versorgen zu können.

Sebastian Hahn vom ASB teilt außerdem mit, dass aktuell die Kleiderkammer im Haus 1 umstrukturiert wird.

Sebastian Hahn vom ASB kündigt weiter an, einen Spielplatz auf dem Gelände einzurichten und das Sportangebot mit dem MTV Dannenberg auszuweiten.

Sebastian Hahn vom ASB erläutert die Situation in der Einrichtung für Steine. Laut seinen Angaben ist dort ein Mitarbeiter für Beratung und Betreuung zuständig, der außerdem die Einrichtung in Dannenberg mitbetreut und eine Sprechstunde abhält. Ab kommender Woche wird dieser Mitarbeiter dienstags persönlich vor Ort sein, ansonsten ist er von 9 bis 15 Uhr telefonisch erreichbar. Die Einrichtung in Neu Tramm wird durchgehend von einer Koordinationskraft und zwei Sicherheitskräften betreut, im Sozialbereich sind täglich drei bis vier Mitarbeiter tätig sowie eine weitere Mitarbeiterin für Verwaltungsaufgaben.

Sebastian Hahn vom ASB erwähnt außerdem die Nutzungsmöglichkeit des Internets vor Haus 1 und die Planung der flächendeckenden WLAN-Verfügbarkeit im Landkreis. Man warte hier auf eine größere Beschaffung, um in allen Bereichen WLAN zur Verfügung stellen zu können.

Auf die Frage hin, wie viele Waschmaschinen und Kühlschränke vorhanden sind, gibt Herr Hahn (ASB) an, dass derzeit zwei Waschmaschinen und zwei Trockner zur Verfügung stehen. Man plane jedoch, in Zukunft weitere Waschmaschinen sowie eine Reserve einzusetzen. Kühlschränke seien vor Ort nicht vorhanden. Ein selbstständiges Kochen ist aktuell nicht möglich, jedoch ist geplant, in Haus 3 einen Raum dafür einzurichten.

KTA Herzog fragt nochmal nach zu dem Zeitungsartikel über Steine.

Sebastian Hahn vom ASB bestätigt, dass alle Probleme behoben worden seien.

KTA Herzog erkundigt sich nach dem WLAN in Neu Tramm.

Dieses wird, lt. Auskunft des ASBs durch den Landkreis derzeit ausgebaut.

Vorsitzende KTA Bade eröffnet nochmal nach Abstimmung eine Fragestunde für die Einwohner.

Einwohnerin Frau Overhage erkundigt nach der Hilfe für Analphabeten.

Sebastian Hahn vom ASB gibt bekannt, dass sich auch um diese Menschen gekümmert wird. Es ist geplant, dass ein Alphabetisierungskurs in der VHS starten soll, jedoch steht noch keine endgültige Einigung fest.

Sebastian Hahn vom ASB merkt an, dass es ebenfalls ein Anliegen sei, den Bewohnern Selbstständigkeit in der Nahrungszubereitung zu ermöglichen.

Sebastian Hahn vom ASB betont, dass die Ernährung von großer Bedeutung ist und man sicherstellen möchte, dass die Bewohner*innen nicht selbst kochen müssen. Aktuell gebe es zwei Wasser-Stile, doch es würden bald mehr hinzukommen. Die Waschräume sind derzeit von 14 bis 21 Uhr geöffnet und dies sei ausreichend. Es bestehe die Möglichkeit, weitere Waschmaschinen hinzuzufügen, falls notwendig. Zum Einzug würden Betten mit Bettwäsche zur Verfügung gestellt, die vor Ort gewaschen werden muss. Trockner seien vorhanden und es werde auch eine Wäscheleine zum Trocknen im Freien geben.

Die Einwohnerin fragt nach der Zuständigkeit von Herrn Hahn ASB in Bezug auf andere Standorte und ob dort Sozialarbeit angeboten wird. **Herr Hahn ASB** antwortet, dass sie bald ein mobiles Team einsetzen werden, um entsprechende Sprechstunden in den Außenstellen durchzuführen und regelmäßige Angebote vor Ort zu machen.

Vorsitzende Bade bedankt sich für das Erscheinen des ASB und beendet das Gespräch.

Kenntnis genommen

| | |
|--|----------|
| 5. Langfristige Unterbringung Geflüchteter im Landkreis Lüchow-Dannenberg | 2024/962 |
|--|----------|

EKR Schermuly erläutert die Vorlage.

KTA Himmel spricht über die Vorlage und weist darauf hin, dass sie in verschiedenen Ausschüssen behandelt wird und im Vorfeld bereits interfraktionell besprochen wurde. Die Vorlage sei sehr zahlenlastig.

KTA Himmel fragt nach einer detaillierten Darstellung der Aspekte, die den Ausschuss für Soziales und Gesundheit betreffen, insbesondere in Bezug auf die drei bestimmten Objekte. Er vermisse die sozialen Aspekte.

EKR Schermuly stimmt zu und erklärt, dass das Ziel nicht die Etablierung solcher Unterkünfte sei, sondern die dezentrale Unterbringung zu gewährleisten. Die erhöhten Zuweisungen begründen jedoch den Umstand von solch einer größeren Unterkunft. Es bedeute aber nicht, dass eine dezentrale Unterbringung vollständig abgeschafft werden solle.

EKR Schermuly betont, dass bekannt sei, dass es zwischen einzelnen Nationen Konflikte geben könne, sodass man darauf achten müsse, dass solche Gruppen nicht zusammen untergebracht werden sollten.

KTA Himmel hebt hervor, dass eine Unterkunft gefunden werden müsse, die groß genug sei und die Möglichkeit biete, eine solche Trennung durchzuführen.

KTA Peters weist darauf hin, dass bei Berücksichtigung sozialer Aspekte, wie die Trennung verschiedener Personengruppen, Neu Tramm möglicherweise nicht geeignet ist, wenn die Zahl der Bewohner auf 400-500 steigt.

KTA Peters zeigt sich überrascht, dass Steine als Unterbringungsmöglichkeit für Flüchtlinge in Betracht gezogen werde, da sie dies nicht für förderlich hält. Sie verweist darauf, dass das Schutzkonzept für traumatisierte Frauen und Kinder es nicht rechtfertige, sie beengt unterzubringen, um Räume optimal auszunutzen.

KTA Dorendorf gibt an, diese Argumentation nicht ganz nachvollziehen zu können und verweist darauf, dass die Unterbringung von Flüchtlingen in Neu Tramm derzeit eine sinnvolle Lösung sei.

KTA Dorendorf betont, dass es seiner Meinung nach notwendig sei, bei der steigenden Anzahl an Flüchtlingen eine ernsthafte Reserve vorzuhalten. Er verweist darauf, dass man in der Vergangenheit bereits

geplante Unterbringungen über Bord werfen musste, da plötzlich zu viele Flüchtlinge zugewiesen wurden.

KTA Dorendorf argumentiert, dass Deutschland die Möglichkeit hätte, bis zu 450 oder mehr Unterbringungen zu schaffen, aber mit Gebäuden, nicht mit Containern, da diese in zehn bis zwölf Jahren abgängig seien und das Geld somit verschwendet wäre.

Es wird deutlich, dass **KTA Dorendorf** und **KTA Peters** unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie mit der steigenden Anzahl an Flüchtlingen umzugehen ist.

KTA Peters betont, dass die aktuelle Unterbringung von 150 Geflüchteten eine andere Situation darstellt als wenn drei Mal so viele Menschen aufgenommen werden müssen. In diesem Fall wäre eine intensivere Betreuung notwendig.

KTA Dorendorf merkt an, dass es schwierig sei, 450 Geflüchtete unterzubringen und zu betreuen, wenn die Kapazitäten dafür nicht vorhanden seien.

KTA Peters stimmt zu und erklärt, dass man aktuell eine Mietoption für drei Jahre habe, aber der Plan, Steine zu kaufen, nicht praktikabel sei, weil dieses Gebäude nicht erweiterbar wäre.

Die **Vorsitzende Bade** erwähnt, dass es im Landkreis bereits Containerlösungen gibt, die jedoch seit mehr als 20 Jahren in Gebrauch sind und dringend ersetzt werden müssten.

KTA Himmel betont die Bedeutung der dezentralen Unterbringung, welche bereits zuvor vom Kreistag beschlossen wurde. Obwohl es in den letzten zwei Jahren Abweichungen gab, sollte die ursprüngliche Zielsetzung des Kreistags noch einmal hervorgehoben werden.

KTA Himmel schlägt vor, bei der Betrachtung der Standorte für diesen Ausschuss eine Gewichtung vorzunehmen und verschiedene Aspekte wie die Erreichbarkeit von Steine nach Lüchow oder Neu Tramm nach Dannenberg. Es würde sich um konkrete Fragen handeln, die nebeneinander gestellt werden müssten, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

KTA Himmel betont die Notwendigkeit gründlicher Vorbereitung und sorgfältiger Abwägung bei der Entscheidungsfindung von Themen, mit denen sich der Ausschuss beschäftigt. Er schlägt vor, dass Informationen anders dargestellt werden sollten, um eine genauere Einschätzung zu ermöglichen und andere Perspektiven einzubeziehen. Ein wichtiger Aspekt sei die Frage, welche Aspekte an den verschiedenen Standorten besonders gut erfüllt werden.

KTA Himmel ist erleichtert darüber, dass Zeit für die Entscheidung zur Verfügung steht und es keine Eile gibt, bei der nächsten Kreistagssitzung eine Entscheidung zu treffen. Er weist darauf hin, dass das Kasernengelände in Neu Tramm teuer erworben werden müsste und dass es wichtig ist, genügend Zeit zu haben, um die beste Lösung zu finden.

EKR Schermuly geht auf den Mietvertrag ein. Dieser habe nur eine begrenzte Laufzeit, maximal bis Mai 2025. Eine Option zur Verlängerung des Mietvertrags sei nur in Kooperation mit dem Vermieter möglich. EKR betont jedoch, dass das Risiko besteht, dass der Vermieter diese Option nicht ziehen möchte und dass man mit diesem Risiko umgehen müsse. Aus diesem Grund plane man für den Sommer 2025 eine Unterbringungsmöglichkeit ein, die im November oder Dezember 2024 eingerichtet werden müsste, falls die Option nicht gezogen wird.

FDL 57 Ehrhardt ergänzt die Ausführungen von Herrn Schermuly um Hinweise zur Personenanzahl, welche sich um 130 erhöhen werde, sowie um weitere neue Herausforderungen ab September 2024. Dann würde es wieder eine neue Quote geben.

KTA Dorendorf stellt fest, dass sich durch die Aussagen von Herrn Schermuly seine eigene Frage fast erübrigt habe, da er ebenfalls eine Option mit 25 und eventueller Verlängerung in Betracht gezogen hatte. Trotzdem findet er, dass es sich um eine grundlegende Entscheidung handelt, die sorgfältig in allen Aspekten geprüft werden muss und nicht im nächsten Kreistag oder in den Ausschüssen getroffen werden sollte.

KTA Carmienieke schlägt vor, einige bisher noch nie diskutierte Aspekte zur Diskussion zu stellen, darunter das Nachhaltigkeitsprinzip.

KTA Carmienieke schlägt vor, dass in Neu Tramm gelegene Gebäude, welches eine von drei vorgestellten Optionen ist, für andere Zwecke zu nutzen oder wirtschaftlich zu entwickeln, falls es nicht mehr für die Unterbringung genutzt werden würde.

Des Weiteren wird von **KTA Carmienke** auf den hohen Verwaltungsaufwand hingewiesen, welcher durch die Anmietung von 70 Wohnungen für Flüchtlinge durch den Landkreis entsteht. Die Betreuung der Wohnungen und der Menschen stelle einen erheblichen Aufwand dar.

KTA Carmienke spricht sich dafür aus, diese Abläufe zu zentralisieren, um potenziell für eine bessere Organisation für die Betroffenen zu erreichen. Es wird angemerkt, dass einige Wohnungen nicht im besten Zustand seien und teilweise überhöhte Mieten verlangt würden.

Abschließend betont **KTA Carmienke** die Herausforderungen in Bezug auf den Wohnungsmarkt, insbesondere in Dannenberg und Lüchow.

KTA Peters bringt zur Diskussion, dass Kindergärten aufgrund des Mangels an Erzieherinnen und Personal eventuell Randzeiten einführen müssen. Sie fragt sich, wo die Kinder von möglichen 500 oder mehr untergebrachten Personen unterrichtet werden würden und wo der Kindergarten sein sollte.

KTA Peters verweist auf den potentiellen Aufwand, Kinder durch den Landkreis zu fahren und betont außerdem die Notwendigkeit einer ärztlichen Versorgung. Sie hebt hervor, dass Integrationsmöglichkeiten für Bewohner von Neu Tramm eingeschränkt sein könnten im Vergleich zu Bewohnern anderer Standorte, wo sie eigenständig Aktivitäten ausüben können.

KTA Peters verweist auf die Notwendigkeit, Rollstuhlfahrern angemessene Unterbringungsmöglichkeiten bereitzustellen. Sie betont, dass eine höhere Belegungszahl notwendige Veränderungen zur Folge haben würde. Peters erinnert auch daran, dass Frauen, die traumatisiert sind und möglicherweise Probleme mit dem unterschiedlichen Rollenverständnis von Mann und Frau in verschiedenen Kulturen haben, angemessen untergebracht werden müssen. Trotz der kulturellen Unterschiede müsse etwas getan werden, um solche entscheidenden Fragen zu klären.

KTA Herzog fasst zusammen, dass die Suche nach einer Lösung für alle Beteiligten sehr schwierig sei.

KTA Herzog betont, dass die Vorlage offen gehalten sei und die Verwaltung keinen konkreten Plan für den Beschlussvorschlag habe. Es wurden verschiedene Argumente für drei Objekte vorgebracht, von denen die meisten als zutreffend angesehen werden.

KTA Herzog weist darauf hin, dass der Kreistagsbeschluss geöffnet wurde und er entschieden gegen eine Entmietung der Wohnungen sei, da diese Kapazitäten weiterhin benötigt würden. Zudem spricht er sich für den Erhalt der Dezentralität aus.

KTA Herzog hebt die Bedeutung der Nachhaltigkeit hervor und merkt an, dass die CDU diesen Begriff häufiger verwenden sollte. Er betont, dass die Anschaffung einer Immobilie wie der Ü-Fest oder Neu Tramm ein höheres Potenzial für eine nachhaltige Nutzung biete als Container.

In Bezug auf die Ü-Fest stellt **KTA Herzog** die Frage, ob die Polizei früher aus dem Mietvertrag rausgehen würde. Dieses solle die Verwaltung klären.

KTA Herzog erwähnt, dass die Gemeinde Luckau bisher nicht bereit ist, weitere Planungen in einem bestimmten Bereich fortzusetzen. Er verweist darauf, dass unklar ist, welche Bedingungen von der anderen Seite genau gestellt werden und ob diese ausräumbar sind.

KTA Herzog verweist darauf, dass die Flüchtlingsunterbringung eine Pflichtaufgabe ohne eigenes Kostenargument darstelle. Wenn es keine Verlängerungen für Mietzahlungen geben sollte und der Druck aufgrund des ablaufenden Mietvertrags bestehe, müsse man sich nach Alternativen umsehen, wie beispielsweise dem Erwerb der Immobilie.

KTA Herzog ist der Ansicht, dass er die Ü-Fest nicht vollkommen ablehnt, allerdings müssten die Bedingungen und der Zeitplan geklärt werden. Er betont, dass dezentrale Wohnungen in jedem Fall beibehalten werden sollen.

KTA Römer zeigt sich interessiert an der Unterbringungsfrage von Asylbewerbern und ob pro und contra einer dezentralen oder zentralen Unterbringung bereits diskutiert wurde. Sie betont, dass die dezentrale Unterbringung das Ziel ist, jedoch auch verwaltungstechnische Herausforderungen mit sich bringt.

EKR Schermuly hebt hervor, dass die Wohnungsverwaltung nicht die originäre Aufgabe des Sozialamtes ist und dass nach Beendigung eines Asylverfahrens der Landkreis nicht mehr zuständig ist. Jedoch bleibt die Unterbringung in einer vom Landkreis angemieteten Wohnung bestehen, was zu komplexen Situationen führen kann. Es wird darauf hingewiesen, dass im Bedarfsfall das Jobcenter oder der Arbeitsmarkt zuständig ist und Asylbewerber dann nicht mehr in der originären Zuständigkeit des Landkreises liegen.

EKR Schermuly betont, dass es viele kleine Faktoren gebe, die nicht berücksichtigt würden, aber man halte sich an den Kreistagsbeschluss. Es wird darauf hingewiesen, dass man einen zusätzlichen Schritt in Neu Tramm gewählt habe, um weitere Unterkünfte zu schaffen und mehr Selbstständigkeit für die Bewohner zu ermöglichen. Man habe weiterhin Wohnungen für Unterbringungen.

EKR Schermuly merkt an, dass es schwierig sei, 280 Personen in Wohnraum unterzubringen, und fragt sich laut, wie viele Verwaltungskapazitäten gebunden wären.

KTA Himmel erinnert daran, dass letztes Jahr der Kauf einer bestimmten Liegenschaft nicht zustande kam und dass man sich seitdem mit alternativen Optionen beschäftigt hat. Dabei wurde im Dezember ein Beschluss gefasst, eine Unterkunft zu kaufen, die perspektivisch bis zu 200 Menschen aufnehmen kann. Zusätzlich wurde entschieden, Teile von Neu Tramm zu mieten und Steine in Ruhe zu entwickeln.

KTA Himmel betont die positiven Aspekte, die er in Steine wahrgenommen hat, seit bekannt wurde, dass die Liegenschaft eventuell gekauft werden soll. Er hebt hervor, dass es durchaus zivilgesellschaftliche Kraft gegeben habe, sich dem Projekt zu stellen und dieses zu unterstützen, was er als beispielhaft und unterstützenswert ansieht.

KTA Himmel merkt an, dass es noch viele Unklarheiten gibt und schlägt vor, den Punkt als unbehandelt zu belassen und für die nächste Sitzung vorzubereiten, um diese offenen Fragen diskutieren zu können.

Vorsitzende KTA Bade regt an, den Punkt nicht als behandelt zu betrachten, sondern ihn in den nächsten Ausschuss zu verweisen.

Die **Vorsitzende KTA Bade** stellt fest, dass ohne die fehlenden Informationen keine Diskussion möglich sei und betont, dass diese Informationen benötigt werden. Sie fragt, ob jemand anderes etwas sagen wolle.

KTA Carmienke erklärt, dass eine neue Sozialausschusssitzung bereits nach der Sommerpause durchgeführt werden soll um noch vor Oktober zu entscheiden.

EKR Schermuly erklärt, dass Bedarf bestehe an einer schnellen Entscheidung.

KTA Peters stellt den Antrag einen zusätzlichen Sozialausschuss im August durchzuführen. Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

KTA Herzog stellt den Antrag, dass weiterhin die dezentralen Wohnungen aufrecht erhalten bleiben. Diesem Antrag wird bei einer Gegenstimme zugestimmt.

Die vom Landkreis angemieteten Wohnungen für Geflüchtete bleiben bestehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich empfohlen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 0

| |
|--|
| 6. Förderung des Ehrenamtes – Arbeit mit Geflüchteten |
|--|

| |
|----------|
| 2024/953 |
|----------|

FDL Ehrhardt erläutert die Vorlage.

KTA Herzog spricht sich dafür aus, dass alle Institutionen, die einen Antrag gestellt werden, gefördert werden sollen.

FDL Ehrhardt ergänzt, dass der ASB noch eine Summe bekommen müsse für die Unterstützung des Ehrenamtes.

KTA Peters schlägt vor, dass eine prozentuale Verteilung eine gute Idee sei. Es wird lediglich eine kleine Anerkennung sein.

FDL 57 Ehrhardt wird erklärt, dass die Unterstützung von Sprachkursen nicht die primäre Aufgabe des Landkreises ist.

KTA Carmienke hebt hervor, dass es wichtig sei, die Möglichkeit zu bieten, sich gleichzeitig in Sprachkursen weiterzubilden und zu arbeiten. Er verweist darauf, dass Herr Heil mittlerweile erkannt habe, wie sinnvoll ein solches Vorgehen sei.

Vorsitzende KTA Bade schlägt vor, den Antragstragenden zu ermöglichen, das Geld für die Sprachkurse

bereitzustellen.

FDL 57 Ehrhardt erwägt, die Kriterien zur Anerkennung als Träger zu streichen und stattdessen Frauengruppen wie vorgeschlagen von Herrn Kurt Herzog anzuerkennen.

KTA Herzog stellt dar, dass 3.000 Euro für Café Zuflucht und 2.000 Euro für das Netzwerk Asyl zugesagt sind, was insgesamt 5.000 Euro aus einem Budget von 15.000 Euro ausmacht. Er würde vorschlagen, dass der Frauengruppe Zuflucht Lüchow und Liesel Krüge jeweils 2.000 Euro zugesprochen werden, was insgesamt 9.000 Euro ergibt. Es verbleiben somit noch 6.000 Euro. Es wird vorgeschlagen, dem ASB aus den verbliebenen 6.000 Euro einen Teil als Polster für mögliche zukünftige Bedarfe zu geben.

KTA Himmel bittet um Erklärung, warum bestimmte Beträge bei "Netzwerk Asyl" und "Café Zuflucht" beibehalten und bei den anderen beiden reduziert würden.

KTA Peters schlägt vor, dass jeder von der beantragten Summe 80 % bekommt.

geändert einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

- a) **Cafe Zuflucht, Netzwerk Asyl, Liesel Krüger für Sprachkurse und Zuflucht Frauengruppe erhalten 80 % ihrer beantragten Fördersummen.**
- b) **Cafe Zuflucht 2.400 €, Netzwerk Asyl 1.600 €, Liesel Krüger 2.800 €, Zuflucht Frauengruppe 2.512 €.**
- c) **Der ASB bekommt für die Fahrtkostenentschädigung der Ehrenamtlichen 3.000 €.**
- d) **Die übrigen Mittel werden für weitere Anträge übrig behalten (bis 15.000 € für die gesamten Förderungen).**

| | |
|---|----------|
| 7. Antrag des beratenden Mitglieds Inge Mende im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 09.03.2023: Heimkosten und die überhöhte Selbstbeteiligung | 2023/550 |
|---|----------|

KTA Herzog betont, dass durch die Diskussion ein klareres Verständnis darüber erzielt wurde, wie viele Menschen Einrichtungen nicht bezahlen können. Laut Protokoll vom 15.2. sollte untersucht werden, wie viele Personen die Eigenanteile tatsächlich zahlen können und bei wie vielen eine Unterstützung oder vollständige Übernahme erforderlich ist.

KTA Herzog führt aus, dass die Verwaltung die Aufgabe hatte, diese Zahlen zur Verfügung zu stellen. Es wird eine Tabelle dargestellt, die ungefähr 300 Menschen auflistet, die sich ihren Platz in einer vollstationären Pflegeeinrichtung nicht selbst leisten können. Somit sind diese Zahlen offenbar doch verfügbar und lieferbar.

KTA Herzog erwähnt Eigenanteile in Höhe von 2.300 bis 3.000 Euro, die für manche Bewohner entstehen. Er weist darauf hin, dass es Menschen geben könnte, die diese Kosten nicht tragen können und somit auf Sozialhilfe des Landkreises angewiesen sind.

KTA Herzog ist zufriedener mit den aktuellen Informationen als mit der ursprünglichen Vorlage.

Herr Lippe wirft ein, dass zwar 300 Personen aus dem Landkreis betroffen seien, aber die tatsächliche Zahl der Unterbringungen noch nicht einbezogen sei und sehr viel höher liegen könne. Der Landkreis selbst könne jedoch nichts dagegen tun, da es nicht in seiner Kompetenz läge. Vielmehr müsse an die Pflegekassen herangetreten werden, um die Sätze zu verändern, was letztlich eine Angelegenheit der Landes- und Bundespolitik sei.

behandelt ohne Beschlussempfehlung

| | |
|--|----------|
| 8. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Entwicklung der Miet-, Strom- und Heizkosten und Auswirkungen auf Menschen mit geringem Einkommen | 2024/970 |
|--|----------|

KTA Herzog möchte das Thema einleiten und seine Anfrage zur Teilnahme- und Teilhabepaket mit einbeziehen, um zu zeigen, dass die Armutszahlen bei etwa 21 bis 22 Prozent liegen. (10.000 bis 11.000 Personen) Des Weiteren solle die Verwaltung eine umfassende Kampagne einleiten, um die Nutzungsquote des Teilhabepakets deutlich zu erhöhen. Er fragt nach dem Sachstand in Bezug auf die Kampagne und das

Datenkonzept.

KTA Herzog äußert seine Enttäuschung über die unzureichenden Antworten auf seine klaren Fragen.

KTA Herzog betont, dass die Auswirkungen der Armut seiner Meinung nach größer sind als durch Berechnungen erfasst werden können

FDL 57 Ehrhardt erklärt, dass eine Erhöhung von Heizkosten für Transferleistungsbezieher unverzüglich ausgeglichen wird und die Verwaltung sich dabei an der aktuellen Rechtsprechung orientiert.

FDL 57 Ehrhardt erklärt, dass im Einzelfall geprüft werde, ob ein Darlehen oder ähnliches gewährt werden kann. Eine Überprüfung findet statt, um festzustellen, ob eine aktuelle Notlage vorliegt und beschleunigte Bearbeitung angezeigt ist.

EKR Schermuly erklärt, dass kein entsprechendes Datenkonzept entwickelt wurde, um statistische Daten zur Mieterlös, Zahlungsfähigkeit oder Mietkosten zu erfassen, da die personellen Kapazitäten nicht ausreichen.

EKR Schermuly gibt an, dass es derzeit schwierig ist, umfangreiche Datenkonzepte zu präsentieren. Es wird jedoch weiterhin versucht, alle relevanten Informationen zur Verfügung zu stellen. Derzeit gibt es keine Werbekampagne, sondern lediglich eine Information an berechnigte Personen über die Möglichkeit, diese Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

EKR Schermuly betont, dass man weiterhin über Vereine, Schulen und Jugendfeuerwehr informiere, um die Informationen bestmöglich zu verbreiten. Alle Beteiligten sind bemüht, aktiv für diese Unterstützungsmöglichkeit zu werben, erkennen jedoch an, dass einige Bürgerinnen und Bürger diese Möglichkeit nicht in Anspruch nehmen möchten.

EKR Schermuly betont, dass es wichtig sei, die Menschen davon zu überzeugen, dass es keine Schande ist, Unterstützung in Anspruch zu nehmen und dass ein Schutzgeld dafür vorgesehen ist. Wenn es jedoch konkrete Ideen gibt, wie man diese Informationen noch besser verbreiten kann, ist **EKR Schermuly** dankbar für Vorschläge.

EKR Schermuly betont, dass man über alle Kanäle versucht, Informationen in die Bevölkerung zu kommunizieren.

KTA Carmienieke teilt mit, dass die Vereine gut darüber informiert sind. Er betont, dass wenn man über die Möglichkeiten der Lernförderung Bescheid weiß, diese auch besser genutzt wird.

KTA Carmienieke hebt hervor, dass die Antragstellung sehr unkompliziert ist und per E-Mail durchgeführt werden kann. Im Sozialbereich gebe es jedoch Behörden, bei denen die Vorgänge sehr kompliziert und bürokratisch ablaufen würden. Die Kreisverwaltung wird als zugänglich beschrieben. Für Bürger und Sportvereine sei die Antragstellung einfach zu handhaben. Bei Schulen bestehe noch Verbesserungsbedarf, da hier eine Überforderung bei Rückfragen festgestellt werde. Es wurde erkannt, dass die Antragstellenden teilweise nicht in der Lage sind, den Antrag selbst zu stellen und Hilfe benötigen. Die Schulleitung wird darauf aufmerksam gemacht, sich dieser Problematik bewusst zu werden.

Vorsitzende Bade betont, dass die Antragsstellung einfach ist.

KTA Herzog betont, dass man dieses Thema weiterverfolgen müsse und die Verwaltung angemahnt wird, Kapazitätsprobleme zu überwinden und relevante Daten vorzulegen, um eine Diskussion zu ermöglichen.

KTA Herzog möchte diese Thematik im Ausschuss weiterverfolgen und betont die Notwendigkeit einer Datenbasis der Verwaltung für eine sachgerechte Kommunikation und Entscheidungsfindung. Des Weiteren wird kritisiert, dass die Erhöhung von Bürgergeld die Inflation nicht ausgleichen würde.

KTA Peters, die mit Bildung befasst ist, stellt fest, dass nur wenige Lehrkräfte von diesen Möglichkeiten wissen. Insbesondere bei Familien, die nicht unterstützen können, sei das ein Problem. Eltern wüssten oftmals nicht, was sie auf den Anträgen eintragen sollen.

Aussprache

9. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Umgang mit der Kritik an den Zuständen in Steine 2024/971

Aussprache

10. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Runder Tisch Migration 2024/972

KTA Peters teilt mit, dass Protokolle regelmäßig an den Ausschuss gegeben werden.

KTA Herzog möchte wissen, wer an einem runden Tisch teilnehmen darf und ob dies entschieden wird oder wer sich meldet und in dem Bereich arbeitet.

FDL 57 Ehrhardt verweist auf ein Handlungskonzept, das grundsätzlich regelt, wer daran teilnehmen kann. Es habe Anfragen gegeben, wie beispielsweise von der Elbe-Jeetzel-Klinik, und es sei sinnvoll gefunden worden, diese Personen ebenfalls einzubeziehen. **FDL 57 Ehrhardt** möchte das Handlungskonzept entsprechend ändern und regelmäßig im Ausschuss vorstellen und aktualisieren.

KTA Peters stellt klar, dass der Runde Tisch ein Austausch von Praktikern ist.

Die **Vorsitzende Bade** betont, dass der Austausch Runder Tisch Migration nicht als Beschlussgremium gedacht ist und nur dazu dienen soll, um bei größeren Problemen informiert zu sein.

FDL Ehrhardt schlägt vor, dass im nächsten Sozialausschuss über den letzten Runden Tisch berichtet wird. Zudem werden die Protokolle des Runden Tisches Migration an die Ausschussmitglieder geschickt.

Aussprache

11. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Schutzkonzept 2024/976

KTA Peters möchte gern noch einmal über das Schutzkonzept informiert werden, da es kürzlich in der Zeitung erwähnt wurde. Laut **KTA Peters** fühlen sich Frauen durch bestimmte Regeln eingeschränkt.

FDL 57 Ehrhardt gibt an, dass der ASB über das Schutzkonzept informiert ist und weiß, wie zu verfahren ist. Wenn Fragen an **FDL 57 Ehrhardt** gestellt werden, wird darüber gesprochen, ob die Person möglicherweise anderswo untergebracht werden sollte.

FDL 57 Ehrhardt betont, dass man auf das Schutzkonzept achtet. Es wird eingeräumt, dass in Bezug auf Kommunikation noch Verbesserungsbedarf besteht, um eine Anlaufstelle für Beschwerden nach außen zu kommunizieren.

KTA Peters weist darauf hin, dass es möglicherweise fatal wäre, wenn Männer Frauen ansprechen, um über das Thema zu sprechen.

KTA Himmel fragt nach den Ergebnissen des letzten runden Tisches hinsichtlich des Schutzkonzepts.

Die **Vorsitzende Bade** gibt daraufhin an, dass kaum Anregungen geäußert wurden.

Aussprache

12. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Klinikbeirat 2024/974

EKR Schermuly gibt an, im Vorfeld mit Herrn Eidt und Herrn Kruska gesprochen zu haben und die Thematik besprochen zu haben. Er teilt mit, dass das Klinikum offen für Anregungen ist, aber derzeit keine Veranlassung sieht, etwas zu ändern.

Es wird erwähnt, dass man bereit wäre, Anpassungen vorzunehmen, falls konkrete Punkte oder Themen zur Diskussion stehen.

Aussprache

13. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Förderprogramme für Geflüchtete 2024/975

Aussprache

14. Antrag der Gruppe SPD/Grüne/SOLI im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 04.04.2024: Ehrenamtssatzung 2024/973

KTA Peters fragt nach dem Stand der Erarbeitung der Ehrenamtssatzung.

EKR Schermuly antwortet, dass mit der Arbeit an dem Thema im Zusammenhang mit dem Ehrenamt begonnen wurde, wobei die Mittel ursprünglich für den Flüchtlingsbereich bestimmt waren. Es wird darauf hingewiesen, dass das Ehrenamt in vielen verschiedenen Facetten besteht und eine Art Antragskonzept erforderlich ist, um die Gelder beantragen zu können.

KTA Herzog äußert den Standpunkt, dass eine solche Praxis nicht notwendig sei und dass es besser wäre, die Kriterien im Fachausschuss zu entscheiden. Dort könne man beurteilen, wer sich bewirbt und welches Profil diese Person hat. Es wird vorgeschlagen, bei dieser Vorgehensweise zu bleiben, da kein aufwändiges Konzept oder eine Satzung benötigt würden.

Aussprache

15. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

15.1. Dritte Anfrage der Gruppe AlBa im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 29.02.2024 zur Masernimpfpflicht / Bußgelder 2024/948

Kenntnis genommen

15.2. Anfrage der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.04.2024: Bedrohung durch Armut in DAN und Maßnahmen dagegen 2024/984

Kenntnis genommen

Nichtöffentlicher Teil

16. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

KTA Peters schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

gez. Bade

Vorsitzende

gez. Ehrhardt

Protokollführung

Das Protokoll wurde mit Hilfe von scriba erstellt.